

„Müssen besser miteinander umgehen“

Wahlkampfauftakt: Grünen-Spitzenkandidatin Schulze plädiert für andere Debattenkultur

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag und Spitzenkandidatin ihrer Partei Katharina Schulze kam mit dem Zug und erlebte gleich den ganz normalen niederbayerischen ÖPNV-Alltag. Der Anschlusszug in Plattling war weg, sie musste von dort mit dem Auto geholt werden. In ihrer Rede zum Wahlkampfauftakt der Grünen zur Landtags- und Bezirkstagswahl beim politischen Frühschoppen im Sommerkeller standen jedoch andere Themen im Vordergrund.

Schulze trat gewohnt kämpferisch und selbstbewusst auf, schlug aber vor allem im letzten Teil ihrer Rede nachdenkliche Töne an und hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für Solidarität und eine veränderte Debattenkultur. „Was mich gerade besonders beschäftigt: Ich würde mir wünschen, dass wir besser miteinander umgehen“, sagte Schulze, „ich finde, dass manche Teile unserer Gesellschaft sehr aggressiv und wenig konstruktiv sind.“

„Die Klimakrise ist schon längst da“

Vor allem bei der Diskussion um das Gebäude-Energie-Gesetz seien viele Falschinformationen wissentlich gestreut worden. Selbstkritisch räumte sie ein, die Kommunikation vonseiten der Grünen sei nicht optimal gewesen. „Aber was passiert mit einer demokratischen Gesellschaft, in der es irgendwann gar nicht mehr um die Fakten geht, sondern nur darum, den politischen Gegner zu diskreditieren und die Menschen zu verunsichern. Das muss aufhören in diesem Land!“

Die Herausforderungen würden in Zukunft nicht kleiner. „Aber wer, wenn nicht wir, schaffen es, sie zu lösen, wenn wir zusammenhalten und die Demokratie verteidigen und beschützen“, sagte die Grünen-Spitzenkandidatin und appellierte an alle demokratischen Parteien: „Singt nicht das Lied der Rechtspopulisten, bauen wir eine Brandmauer gegen die Rechten, die haben keine Lösungen.“



Mit Parteiprominenz aus München stimmte sich der Grünen-Kreisverband auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen ein (v.l.): MdB Erhard Grundl, Landtags-Direktkandidatin Feride Niedermeier, Bezirkstags-Direktkandidat Kay Hoppe, Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzende im Landtag, Katharina Schulze, sowie die beiden Kreisvorsitzenden Silke Prüßl und Miriam Baumgartner.

Foto: Eva Bernheim

Die tropischen Temperaturen am Samstag untermalten Schulzes Worte plastisch: „Die Klimakrise ist schon längst da.“ In manchen Teilen Bayerns habe es seit 40 Tagen nicht geregnet, deshalb müsse die nächste Staatsregierung den Wasserschutz zur Priorität machen. Auf der Agenda der Grünen stehe ein Wasserversicherungsgesetz, in dessen Kern ein „digitales Wasserbuch“ stehe, um zu wissen, „wer, wo wie viel Wasser entnimmt“, hier habe nämlich die aktuelle Regierung keinerlei Überblick.

Angemessene Bezahlung in Betreuungsberufen

Bei der Energiewende bestehe kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. „Dank Robert Habeck und seinen Gesetzen muss jetzt auch Markus Söder in Bayern Windräder bauen“, sagte Schulze. Das Ziel müsse sein, ein Energiesystem auszubauen, das zu hundert

Prozent aus erneuerbaren Energien bestehe, „denn weder Sonne noch Wind schicken eine Rechnung, und wir machen uns unabhängig von Autokraten und Diktatoren.“ Kommunen müssten in Wind- und Solarparks investieren, dies bringe Geld in die öffentlichen Kassen und schaffe die geforderte Planbarkeit für die Wirtschaft.

Beim Fachkräftemangel sah die Grünen-Spitzenkandidatin einen Lösungsansatz in der Einwanderungspolitik. „Wir wollen nicht mehr, dass Menschen nachts aus den Häusern gezogen und abgeschoben werden, obwohl sie sich einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz haben. Das kann sich unser Land nicht mehr leisten.“ Das Fachkräftewanderungsgesetz der Bundesregierung ziele in die richtige Richtung.

Um Kitaplätze zu erhalten und zu vermehren, müsse es endlich eine angemessene Bezahlung in Betreuungsberufen geben, dies sei wiederum essenziell im Kampf gegen

Fachkräftemangel. „Laut Studien hätten wir auf einen Schlag 840000 Arbeits- und Fachkräfte mehr, wenn Frauen mit Kindern unter sechs Jahren so viel arbeiten könnten, wie sie eigentlich wollen.“ Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Ausleben ihrer Kompetenzen müsse für Frauen 2023 genauso möglich sein wie für Männer. „Ich will Bayern zum ersten gleichberechtigten Bundesland machen“, sagte Schulze.

Chancengleichheit bei Bildung

Für Chancengleichheit setzt sie sich auch im Bereich Bildung ein. In Deutschland und vor allem in Bayern sei der berufliche Werdegang immer noch eng mit der Herkunft und dem Status der Eltern verknüpft. „Wir wollen, dass jeder, der hier aufwächst, dieselben Chancen hat, egal ob die Mama Geflüchtete oder der Papa Zahnarzt ist.“ -ber-